

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Klaus Lohmann (Witten), Ingrid Becker-Inglau, Friedhelm Julius Beucher, Anni Brandt-Elsweyer, Dr. Marliese Dobberthien, Elke Ferner, Gabriele Fograscher, Dagmar Freitag, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Uwe Göllner, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hagemann, Christel Hanewinckel, Rolf Hempelmann, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Ilse Janz, Siegrun Klemmer, Nicolette Kressl, Thomas Krüger, Robert Leidinger, Christa Lörcher, Dieter Maaß (Herne), Dorle Marx, Ursula Mogg, Siegmars Mosdorf, Dr. Edith Niehuis, Margot von Renesse, Otto Reschke, Günter Rixe, Marlene Rupprecht, Dr. Hansjörg Schäfer, Siegfried Scheffler, Ulla Schmidt (Aachen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Lisa Seuster, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Peter Struck, Hildegard Wester, Inge Wettig-Danielmeier, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Klaus Lohmann (Witten), Friedhelm Julius Beucher, Dagmar Freitag, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/3566, 13/5329 –

Sportförderung und Sportsicherung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. *Der Sport dient dem Allgemeinwohl*

Der Sport mit seinen Organisationen hat ein eigenes Profil der Allgemeinwohlorientierung sowie der Gemeinnützigkeit gewonnen. Dabei hat er teilweise staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge übernommen. Die Leistungen dieser Organisationen liegen sowohl im Bereich der allgemeinen Gesundheitssicherung als auch im Bereich sozialer Integration.

Die Situation von Familien, insbesondere alleinerziehender Eltern und ihrer Kinder, verschlechtert sich zunehmend. Ebenso steigen die Belastungen durch wachsende und immer stärker kommerziell ausgerichtete Freizeitangebote. Untersuchungen im Schulsport ergeben, daß motorische und psychomotorische Störungen mit nachfolgenden physischen Beeinträchtigungen bei Kindern zunehmen.

Besonders in der Kinder- und Jugendarbeit obliegt es in immer stärkerem Maße den Sportorganisationen in den komplizierter

werdenden Verhältnissen der Gesellschaft, eine Orientierungs- und Lebenshilfe zu geben. Kriterien des Allgemeinwohls sind auch insofern erfüllt, weil der Sport eine Vielzahl von Fehlentwicklungen in der bewegungsarmen modernen Gesellschaft ausgleicht. Der Sport ist unverzichtbar beim Aufbau sozialer Netzwerke. Diese betreffen nicht nur den Kinder-, Jugend- und Seniorenbereich, sondern auch die soziale Integration von gefährdeten, benachteiligten und behinderten Personengruppen.

Sportvereine bzw. Verbände sind mit ihren Mitgliedszahlen im Vergleich zu anderen Organisationen die weitaus erfolgreichste Großorganisation. Der deutliche Zuwachs, den Sportorganisationen in ihrer Mitgliederzahl verzeichnen, zeigt, daß Bedarf und Ansprüche der Bevölkerung an die Sportvereine auf Bereitstellung entsprechender Leistungen wachsen.

2. *Die öffentliche Sportförderung auf allen Ebenen ist unverzichtbar*

Hauptförderer des Sports sind die Städte und Gemeinden mit jährlich etwa 5,5 Mrd. DM. Die Bundesländer stellen zusätzlich 1,2 Mrd. DM zur Verfügung. Der Bund finanziert den Spitzensport mit etwa 300 Mio. DM. Die Zukunft dieser Sportförderung ist ungewiß. Immer mehr Hallen- und Freibäder müssen geschlossen werden. In den neuen Bundesländern sind immer noch viele Sportanlagen sanierungsbedürftig oder verfallen aus Geldmangel der Träger.

Die kommunale Sportförderung ist keine Pflichtaufgabe. Stetige Ausgabensteigerungen für anfallende Sozialleistungen in den Kommunen verringern deren Möglichkeiten, diese freiwillige Aufgabe im bisherigen Umfang zu finanzieren. Die Ausgaben der Gemeinden für die gesamten sozialen Leistungen sind in den letzten zehn Jahren um insgesamt 140 Prozent gestiegen, für Sozialhilfe sogar um 159 Prozent. Dagegen sind die Ausgaben für alle übrigen Aufgabenbereiche nur um 70 Prozent gestiegen (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD „Finanzielle Belastungen der Gemeinden mit Ausgaben für soziale Leistungen“).

Die verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes hat zur größten Massenarbeitslosigkeit der Nachkriegsgeschichte geführt. Die daraus resultierenden Lasten werden den Kommunen vom Bund aufgebürdet. Über fünf Millionen Sozialhilfeempfänger und Sozialhilfeausgaben von mehr als 50 Mrd. DM haben viele Kommunen zahlungsunfähig gemacht.

Völlig unverständlich ist es daher, warum die Bundesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage „Sportförderung und Sportsicherung“ zu der Aussage kommt, es sei abwegig anzunehmen, die Sozialgesetzgebung des Bundes sei verantwortlich für eine Reduzierung der Sportförderung von Ländern und Kommunen. Die Bundesregierung verkennt dabei völlig, daß die Kommunen aufgrund ihrer Verpflichtungen im Sozialbereich überwiegend nicht mehr in der Lage sind, die bisherige

Sportförderung in einem ungekürzten Umfang aufrechtzuhalten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. Schluß zu machen mit der Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene, ohne daß ein entsprechender finanzieller Ersatz dafür geleistet wird;
 2. einen wirklich fairen Runden Tisch einzurichten, der solidarisch mit allen Beteiligten die Grundlagen für ein Sportförderungsgesetz erarbeitet. Dieser Runde Tisch soll in Ergänzung zu den bisher geplanten Maßnahmen zusätzlich weitere Maßnahmen prüfen, die
 - die Angebote sportlicher und sportlich-spielerischer Betätigung insbesondere im Kinder- und Jugendbereich sichern und erweitern, z. B. durch den Erhalt und die Sanierung von Sportanlagen und sonstiger Freiflächen,
 - die freie und eigenverantwortliche Tätigkeit der Vereine und Verbände sowie die Zusammenarbeit der Sportorganisationen sichern, z. B. durch die Festschreibung und regelmäßige Anpassung der den Sport betreffenden Finanzgesetzgebung,
 - die Ehrenamtlichkeit im Sport stärken, z. B. durch die ideelle und materielle Anerkennung der Ehrenamtlichen,
 - zur stärkeren gesellschaftlichen Akzeptanz des Sports beitragen, z. B. durch die Aufnahme des Sports als Staatszielbestimmung im Grundgesetz;
 3. eine ergänzende Schwerpunktforschung durch das Bundesinstitut für Sportwissenschaft zu fördern, welche die sozialen Leistungen des Sports und seine Bedeutung für das Allgemeinwohl aufarbeitet und analog zu der im Jahr 1995 vorgelegten Ausarbeitung über „die wirtschaftliche Bedeutung des Sports“ darstellt. Analog dazu sollen die Belange und die Sicherung einer zeitgemäßen Sportausübung mit den dafür notwendigen Anlagen und Freiflächen in der Städteplanung ermittelt und dargestellt werden;
 4. die besonderen Bedürfnisse behinderter, älterer und ausländischer Menschen in den Förderprogrammen der Ressorts für den Sport stärker zu berücksichtigen;
 5. sich in den Gremien der Europäischen Union für die Sicherung der Belange des Sports einzusetzen. Es ist sicherzustellen, daß die kulturell gewachsenen Traditionen ihren Eigenwert behalten;
 6. den „Goldenen Plan“ Ost zur Sportstättenanierung erneut gemeinsam mit den neuen Bundesländern zu prüfen;
 7. eine Vermarktungsabgabe für Sportübertragungen einzuführen, deren Erträge über die Sporthilfe der Nachwuchsförderung im Sport zugute kommen;
 8. dem Deutschen Bundestag unverzüglich einen Entwurf für ein Gesetz zuzuleiten, welches die durch das Beitragsentlastungs-

gesetz im Fünften Buch Sozialgesetzbuch gestrichene Förderung des Gesundheitssports wieder möglich macht;

9. die Sportmedizin als Fachrichtung in die Approbationsordnung für Ärzte mit aufzunehmen.

Bonn, den 19. Februar 1997

Klaus Lohmann (Witten)
Ingrid Becker-Inglau
Friedhelm Julius Beucher
Anni Brandt-Elsweier
Dr. Marliese Dobberthien
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dagmar Freitag
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Uwe Göllner
Angelika Graf (Rosenheim)
Klaus Hagemann
Christel Hanewinkel
Rolf Hempelmann
Ingrid Holzhüter
Barbara Imhof
Ilse Janz
Siegrun Klemmer
Nicolette Kressl
Thomas Krüger
Robert Leidinger

Christa Lörcher
Dieter Maaß (Herne)
Dorle Marx
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Dr. Edith Niehuis
Margot von Renesse
Otto Reschke
Günter Rixe
Marlene Rupprecht
Dr. Hansjörg Schäfer
Siegfried Scheffler
Ulla Schmidt (Aachen)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Lisa Seuster
Wieland Sorge
Wolfgang Spanier
Dr. Peter Struck
Hildegard Wester
Inge Wettig-Danielmeier
Hanna Wolf (München)
Rudolf Scharping und Fraktion